

flüchtlingsrat hamburg

Offenes Plenum
für antirassistische Arbeit

Flüchtlingsrat Hamburg e.V.

Nernstweg 32-34, 3. Stock, 22765 Hamburg

Tel: (040) 43 15 87, Fax: (040) 430 44 90

info@fluechtlingsrat-hamburg.de

www.fluechtlingsrat-hamburg.de

Bürozeiten: Mo 10:30-14:30, Di 17:00-19:00

Do 10.30 – 12.30 | 17.00 – 19.00



20097 Hamburg

Fax 040 636 73 102

Mo, Di, Do: 8-14 Uhr

Fr: 8-13 Uhr

Presseerklärung

Ausländerbehörde behindert Tätigkeit als Beistand und erlässt willkürlich Hausverbot

Am 26.9.09 fand vor der Außenstelle der Hamburger Ausländerbehörde, die in direkter Nähe des Hamburger Flughafens in einem Büro- und Industriegebiet der Sportallee 70 liegt, die Eröffnungskundgebung für ein neues Projekt zur Beratung und Begleitung von Flüchtlingen und MigrantInnen mit einem Infobus statt. Dieses Projekt wird von ehrenamtlichen MitarbeiterInnen des Café Exil und des Flüchtlingsrats Hamburg sowie diversen AktivistInnen initiiert. Unterstützt wird es außerdem von anderen Organisationen wie u.a. der Karawane für die Rechte der Flüchtlingen und MigrantInnen, amnesty international sowie der VVN-BdA. In der Sportallee wurde im Zeitraum 2006-2008 die neue Abteilung E 33 der Hamburger Ausländerbehörde gegründet, in der die Zentrale Erstaufnahme (ZEA) und die Abteilung für den Vollzug von Abschiebungen, Zurückschiebungen und Verbringungen einschließlich Haft zusammengefasst sind. Seit der Eröffnung findet einmal wöchentlich, immer dienstags von 8 bis 14 Uhr, Beratung in dem Infobus vor der Ausländerbehörde statt. Durch die Einrichtung der unabhängigen mobilen Anlaufstelle soll erreicht werden, dass gerade auch neu ankommende Flüchtlinge und MigrantInnen über ihre Rechte und das vor ihnen liegende Asylverfahren informiert werden und eine unabhängige Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte erhalten. Ihre Isolation, die durch die Lage der ZEA in der Sportallee und der Außenstelle in Nostorf/Horst (Mecklenburg-Vorpommern) – dort werden sie zumeist nach einem kurzen Aufenthalt in der Sportallee für drei Monate untergebracht - vorprogrammiert ist, soll durchbrochen werden. Durch begleitende Öffentlichkeitsarbeit soll Transparenz in die zum Teil rechtswidrigen Vorgänge und rassistischen Umgangsweisen in der Ausländerbehörde gebracht werden.

Die Unterstützungsarbeit für die Flüchtlinge und MigrantInnen wird jedoch seitens der Ausländerbehörde mit diversen Mitteln behindert. So wurde bereits mehrfach MitarbeiterInnen von uns verwehrt, als Beistand zu fungieren, womit die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen massiv untergraben werden. Alle Menschen haben nach dem Verwaltungsverfahrensgesetz § 14 Abs. 4 ein Recht auf einen Beistand. Einem unserer Mitarbeiter wurde in diesem Zusammenhang sogar ein Hausverbot erteilt. Außerdem wird durch MitarbeiterInnen der Ausländerbehörde immer wieder verlangt, dass eine Bevollmächtigung als Beistand vorgelegt werden soll. Dies ist jedoch nach dem oben erwähnten Paragraphen nicht notwendig. Generell ist es sehr schwierig, überhaupt in das Gebäude dieser öffentlichen Behörde zu gelangen. Des Weiteren kontrollieren die Mitarbeiter

der Ausländerbehörde sowie des dort tätigen privaten Sicherheitsdienstes die Personalausweise von allen Personen, die Menschen als Beistand begleiten wollen, und notieren sich deren Daten. Der erwähnte Sicherheitsdienst lässt sich zudem persönliche Dokumente von den Flüchtlingen und MigrantInnen vorlegen sowie er ihnen Formulare aushändigt, die bereits Teil des Asylverfahrens sind. Eine solche Vorgehensweise hat keine Rechtsgrundlage. Schließlich ist es so, dass den Menschen, die in den Wohnunterkünften in der Sportallee untergebracht sind, faktisch das Recht auf Besuch verwehrt wird, da Außenstehenden der Zugang untersagt ist. Auch hier gibt es keine Rechtsgrundlage.

Diese von uns dokumentierten Erfahrungen können nicht anders als Skandal bezeichnet werden. Es ist mehr als offensichtlich, dass die Betroffenen ihre Rechte nicht wahrnehmen können.

Um die Praktiken der Ausländerbehörde und der Wohnunterkunft, welche von fördern & wohnen geleitet wird, aufzuklären, haben wir sowohl an die Behörde als auch an fördern & wohnen offene Briefe verfasst.

Aus den genannten Gründen fordern wir, dass unsere Arbeit nicht behindert werden darf. Alle Flüchtlinge und MigrantInnen müssen die Möglichkeit haben dürfen, Unterstützung zu bekommen. Es ist schlichtweg ein Skandal, dass ihnen dies in einer öffentlichen Behörde verwehrt wird. Der Rechtszugang wird ausgehöhlt. Die Behörde handelt damit rechtswidrig. Des Weiteren fordern wir zur Aufklärung Antworten auf unsere Briefe. Und schließlich müssen die aufgezählten Missstände behoben werden.